

Offener Brief

**Die gesetzliche Altfallregelung droht zu scheitern
– Rechtssicherheit durch Fristverlängerung jetzt!**

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Böhmer,

seit einigen Monaten bemühen sich in Deutschland 43 Netzwerkprojekte um die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und geduldeten ZuwanderInnen, die grundsätzlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Jahrelanger Ausschluss vom Arbeitsmarkt einerseits und eine sich gegenwärtig verschlechternde Arbeitsmarktlage andererseits machen diese Ziel- und Aufgabenstellung zu einem schwierigen, aber nicht unmöglichen Unterfangen.

Ein Stolperstein ist die Befristung der gesetzlichen Altfallregelung. Mag der Gesetzgeber angesichts steigender Beschäftigungszahlen in den vergangenen zwei Jahren optimistisch von einer raschen Arbeitsmarktintegration ausgegangen sein, so ist angesichts der fatalen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt dieses Ziel in weite Ferne gerückt.

Die strenge Regulierung der Lebensunterhaltssicherung und das Fehlen von Sozialklauseln erfordern eine rasche Nachbesserung der gesetzlichen Regelung und eine die vorhandenen Spielräume nutzende Fassung Allgemeiner Verwaltungsvorschriften (VwV) zum Aufenthaltsgesetz. In der politischen Praxis wird jedoch nahezu exakt das Gegenteil umgesetzt.

Enttäuscht haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass auch Sie eine alsbaldige gesetzliche Nachbesserung ablehnen und bei der Verschärfung der Kriterien für die Lebensunterhaltssicherung in den VwV AufenthG nur verhalten interveniert haben.

Wir – die ehemaligen Träger der EQUAL-Partnerschaften im Themenbereich Asyl – halten dies für eine vehemente Fehleinschätzung der Situation.

Im Memorandum „Der Anfang ist gemacht!“ (Oktober 2007) schrieben Sie im Vorwort: „Unter schwierigen Bedingungen wurde gezeigt, dass sich in dieser Gruppe viele motivierte, talentierte und fähige Menschen befinden, die im Interesse unserer Wirtschaft und Gesellschaft in den hiesigen Arbeitsmarkt integriert werden können. Der Bedarf der deutschen Wirtschaft an Arbeits- und Fachkräften wird vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung steigen. Dafür sollten alle Potentiale, die wir seit Jahren in unserem Land haben, genutzt werden“.

Wir fragen Sie: Sollen jetzt, wo in einer Krise die Arbeitsmarktbedarfe sinken, diese um Arbeit und Einkommen bemühten Menschen zurückfallen in einen ungesicherten Aufenthalt und (erneut) Gefahr laufen, abgeschoben zu werden? Ist das Nützlichkeitsprinzip das oberste Gebot der Integrationspolitik der Bundesregierung?

Wir fragen Sie weiterhin: Liegt es in Ihrem Interesse, den mit der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL begonnenen Prozess der Integration langjährig geduldeter Menschen zu beenden? Ist Integration ein Gnadentat staatlicherseits, der Menschen wider besseren Wissens in einer

Rechtsunsicherheit über ihre Zukunft belässt?

Wir sind uns sicher: die gegenwärtige rechtliche Situation muss umgehend verbessert werden. Eine Vertagung auf die Zeit nach der Bundestagswahl kann nicht im Interesse aller an diesem Prozess Beteiligten sein.

Wir bitten Sie deshalb eindringlich, die Umsetzung gesetzgeberischer Initiativen für eine Fristverlängerung noch vor der Bundestagswahl mit Nachdruck zu unterstützen und sich für eine großzügige Auslegung der Vorgaben zur Lebensunterhaltssicherung in den Allg. VwV zum Aufenthaltsgesetz einzusetzen!

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Grehl-Schmitt
Fachbereich Migration/Flüchtlinge

Der offene Brief wird von nachfolgenden Organisationen unterstützt:

passage gGmbH	Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
Maren Gag	Martin Link
Nagelsweg 14	Oldenburger Str. 25
D - 20097 Hamburg	D - 24143 Kiel
Tel.: +40 (0)40 241927-85	Tel.: +49 (0)431 2408280
Fax: +49 (0)40 241927-87	Fax: +49 (0)431 736077
E-Mail: Maren.gag@passage-hamburg.de	E-Mail: lis@frsh.de

Flüchtlingsrat Thüringen	DGB - Bildungswerk Thüringen e. V.
Steffen Dittes (Vorsitzender)	Dr. Jürgen Neubert
Warsbergstraße 1	Warsbergstraße 1
D- 99092 Erfurt	D - 99092 Erfurt
Tel.:	Tel.:+49 (0) 361 21727-18
Fax:	Fax:+49 (0) 361 21727-27
Email:	E-mail: Koordination.equal@dgb-bwt.de

AGEF Saar	Migrationsdienste der Diakonie Wuppertal
Dr. Hermann Schönmeier	Achim Pohlmann
Kohlweg 7	Ludwigstr. 22
D - 66123 Saarbrücken	D - 42105 Wuppertal
Tel.: +49 (0)681 93812-330	Tel.: +49 (0)202 496970
Fax: +49 (0)681 93812-310	Fax: +49 (0)202 453144
E-Mail: h.schoenmeier@agef-saar.de	E-Mail: pohlmann@migrationsdienst-wuppertal.de

KOMBI Consult GmbH	FV Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
Dr. Doris Habermann	Kai Weber
Glogauer Straße 2	Langer Garten 23b

D -10999 Berlin

Tel.: +49 (0)30 6112-085

Fax: +49 (0)30 6112-572

E-mail: info@kombiconsult.de

D 31134 Hildesheim

Tel.: +49(0)5121 102683

Fax:

Email: kai.weber@fluerat-nds.org

Tür an Tür - Integrationsprojekte gGmbH

Reiner Erben

Schießgrabenstr. 14

86150 Augsburg

Tel. 0049(821)90799-0

Fax: 0049(821)90799-11

E-Mail: reiner.erben@tuerantuer.de